

# **FÜR EIN SOZIALES RÜSSELSHEIM**

Liebe Rüsselsheimer\*innen,

die Kommunalwahlen am 15. März bieten die Gelegenheit, gemeinsam über die Zukunft unserer Stadt zu entscheiden. In einer Zeit, die viele Herausforderungen mit sich bringt, wollen wir Mut machen, sich für ein Rüsselsheim einzusetzen, das solidarisch zusammenhält, sozial gerecht gestaltet wird und in dem niemand zurückgelassen wird.

Die Linke handelt und argumentiert konsequent gegen eine Politik der Umverteilung von unten nach oben.

Die Linke/Liste Solidarität hat sich seit 2001 für die Interessen und berechtigten Anliegen der Bürger\*innen innerhalb und außerhalb der städtischen Gremien eingesetzt.

2025 fand ein Umbruch durch den Eintritt vieler engagierter, junger Leute in die Partei Die Linke statt. Sie bringen frischen Schwung, neue Ideen und Begeisterung mit. „Junge und Alte“ kandidieren nun zusammen unter dem Namen Die Linke/Offene Liste. Unser Selbstverständnis und die Ziele bleiben die Gleichen: Wir werden weiterhin engagiert für ein soziales, ökologisches und demokratisches Rüsselsheim arbeiten.

## **WOFÜR STEHT Die Linke/Offene Liste?**

### **Für ein solidarisches Miteinander**

Wir wünschen uns eine Stadt, in der Toleranz selbstverständlich ist. Alle Menschen sind gleichberechtigt und haben ein Recht auf ein Miteinander ohne Diskriminierungen aus religiösen, ethnischen oder weltanschaulichen Gründen sowie Geschlecht, Alter, Behinderung, sexuelle Orientierung oder Hautfarbe und Herkunft. In Rüsselsheim darf es deshalb keinen Platz für menschenverachtende Ideologien und rechtsextreme Aktivitäten geben.

Diskriminierung muss als Problem erkannt, verhindert und angemessen aufgearbeitet werden! Insbesondere in Bildungseinrichtungen ist das Sensibilisieren für Gleichberechtigung und das Erkennen der Ursachen für das Entstehen von Ungleichheiten sowie ein stützendes Umfeld wichtig.

Wir treten einer Politik entgegen, die Menschen gegeneinander ausspielt, soziale Kälte verbreitet und Fremdenfeindlichkeit schürt. Solidarität üben wir auch mit Belegschaften, Betriebsräten und Gewerkschaften, die sich gegen Machenschaften der Kapitaleseite wie jüngst bei Segula wehren und demokratische Mitbestimmung fordern.

### **Für eine soziale Stadt!**

Auch in Rüsselsheim sind viele Menschen von Armut betroffen oder bedroht. So sind von den Alleinerziehenden 44.1% zur Erhaltung des Existenzminimums von Grundsicherung (früher Hartz IV) abhängig. Sie benötigen zielgerichtete Hilfen und Beratung.

Wir wenden uns mit Nachdruck dagegen, dass Leidtragende zu Schuldigen gemacht und herabgewürdigt werden. Rüsselsheim braucht eine soziale Infrastruktur, die sich an den Bedürfnissen der Menschen für Bildung, Kultur, Gesundheit und Unterstützung orientiert.

### **Für Barrierefreiheit!**

Barrierefreiheit ist kein Luxus, sondern ein Grundrecht. Für Menschen mit Behinderung, ältere Menschen, Familien mit kleinen Kindern oder Pflegebedürftige ist sie die Voraussetzung, um selbstbestimmt am öffentlichen Leben teilzunehmen. Aber auch Menschen mit geringem Einkommen und ihren Kindern ist der Zugang zu Bildung, Kultur,

Mobilität „barrierefrei“ zu ermöglichen. Deshalb müssen die Leistungen des Rüsselsheim-Passes zur Nutzung von städtischen Kultur-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen ausgeweitet werden. Die Kürzungen beim Budget der Eingliederungshilfe im Bundeshaushalt lehnen wir ab.

Wir fordern:

- > Alle öffentlichen Gebäude in Rüsselsheim sollen barrierefrei sein
  - > Gehwege dürfen nicht als PKW-Parkplätze missbraucht werden
  - > Ein inklusives Bildungsprogramm, das barrierefreie Schulen, mehr und besser geschulte Fachkräfte, Entstigmatisierung von Menschen mit Behinderung umfasst
  - > Förderung von Kursen, welche die digitale Teilhabe ermöglichen
- Langfristig müssen die Voraussetzungen für die Abschaffung von Behindertenwerkstätten und die Inklusion in den primären Arbeitsmarkt geschaffen werden

### **Für bezahlbares Wohnen!**

Bezahlbares Wohnen ist ein Menschenrecht!

Dem muss die Politik gerecht werden. Wir fordern daher:

- > 40 % Sozialwohnungen bei öffentlichen, 30 % bei privaten Bauprojekten
- > Mietstabilität auch nach der Sanierung von Gebäuden.
- > Förderung alternativer Wohnformen wie WGs und Mehrgenerationenwohnen

Im Neubaugebiet „Eselswiese“ fordern wir:

- > kein Gewerbegebiet, dafür gibt es genügend Flächen auf dem Opelgelände. Stattdessen mehr Wohnungen!
- > mehr Geschosswohnungsbau statt Einfamilienhäuser
- > ein verkehrsaarmes Wohngebiet mit Quartiersgaragen
- > viel Grün statt Versiegelung und Schottergärten.

### **Für das Theater! - Kultur fördern!**

Das Theater ist eine tragende Säule in der vielfältigen Rüsselsheimer Kulturlandschaft, die von den Gesangvereinen über freie Kulturarbeit bis zu den etablierten Einrichtungen geht. Wir treten gemeinsam mit den Kulturpreisträgern für die Sanierung und den Erhalt dieses denkmalgeschützten für alle Generationen wichtigen Kulturorts ein. Kultur ist kein Luxus, sondern eine wichtige Form des gesellschaftlichen Miteinanders und verdient Förderung statt Kürzungen.

### **Für Bildung - Investition in die Zukunft!**

Bildung und Erziehung sind Aufgaben der ganzen Gesellschaft und es verbieten sich alle Sparversuche auf Kosten von Bildungs- und Kultureinrichtungen. Diese sind unentbehrlich, um Chancengleichheit für alle zu realisieren.

- > Rüsselsheimer Schulen müssen so ausgestattet werden, dass Schüler\*innen ohne Rücksicht auf ihre soziale Herkunft Zugang zu allen Angeboten haben.
- > Die Entwicklung zu echten Ganztagschulen braucht mehr als ein Gesetz: qualifiziertes Personal, kindgerechte Räume und Ausstattung. Dafür muss das Land ausreichend Mittel bereitstellen.
- > Damit Inklusion gelingen kann, müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.
- > Die Schulsozialarbeit an Rüsselsheimer Schulen muss weiter ausgebaut werden.
- > Kostenlose Mahlzeiten und Materialien von der Kita bis zur Schule

## **Für ein umweltfreundliches Rüsselsheim!**

Wir unterstützen die Aktivitäten der klassischen Naturschutzverbände und anderer Bewegungen zur Verhinderung einer Klimakatastrophe.

- > Natur-, Landschaftsschutzgebiete und Wälder müssen erhalten und aufgewertet werden
- > Nachhaltig bauen heißt: Sanieren vor Abriss und neu bauen, auch bei Schulgebäuden
- > Neubaugebiete umweltfreundlich planen, Bodenversiegelung minimieren
- > Verkehrsberuhigte, grüne Innenstadt mit mehr Bäumen
- > „Greenwashing“, wie einen Solarpark der Firma Opel auf einer großen Grünfläche zwischen Rüsselsheim und Bischofsheim lehnen wir wegen drohender Verschlechterung der biologischen Vielfalt ab
- > Die Verkehrspolitik muss Fußgänger, Radverkehr sowie den Öffentlichen Personennahverkehr stärken

## **Für eine bürgernahe Verwaltung!**

Die Erhaltung einer kompetenten, bürgernahen Verwaltung ist notwendig, um die vielfältigen Aufgaben einer Kommune erfüllen zu können.

- > Ein klares Bekenntnis für tarifgebundene Arbeitsplätze.
- > Weniger Beraterfirmen, mehr Eigenqualifikation der Verwaltung.
- > Die Kommunikation der Bürger\*innen mit der Verwaltung muss erleichtert werden. Dazu soll das Stadtbüro im Dicken Busch wieder ständig geöffnet sein und in den Stadtteilen Königstädten, Bauschheim und Haßloch mobile Stadtbüros angeboten werden.
- > Städtische Websites müssen benutzerfreundlich sein.
- > Das Rathaus ist das Haus der Bürger\*innen und muss von diesen auch ohne Anmeldung betreten werden können.

## **Für unsere Jugend – für unsere Zukunft!**

Kinder und Jugendliche müssen sich mit ihrer Stadt identifizieren können. Nehmen sie früh am kommunalen Leben teil, erfahren wie Entscheidungsprozesse verlaufen und wie Einfluss genommen werden kann, erleben sie Demokratie. Die Kinder und Jugendlichen von heute werden morgen die BürgerInnen sein, die unsere Stadt gestalten. Eine Politik in ihrem Interesse darf nicht auf Schulpolitik beschränkt bleiben. Die Betroffenen müssen stärker beteiligt werden und ihre Bedürfnisse und Interessen ernst genommen werden. Sie brauchen Orte, an denen sie sich treffen, ausprobieren und selbst gestalten können - frei von Konsumzwang. Wir begrüßen ausdrücklich Initiativen wie das Jugendforum und fordern ein Jugendparlament wie in Nauheim.

## **Für ein aktives Leben im Alter!**

Etwa ein Viertel der Rüsselsheimer Bevölkerung ist 60 Jahre und älter. Ihnen muss ein selbstbestimmtes Leben im Alter und aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden.

- > Unterstützung der Arbeit des Seniorenbeirats
- > Altersgerechte Wohnungen müssen zum Standard gehören.
- > Erhalt und Ausbau städtischer Seniorenarbeit mit offenen Angeboten und individueller Beratung älterer Menschen.
- > Mehrgenerationenprojekte der Gewobau werden von uns unterstützt.

## **Frieden**

„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ (Willy Brandt 1981). Entgegen diesem Leitsatz haben Politiker\*innen, Militärs und Wirtschaftsinteressen in den letzten Jahren immer öfter auf Krieg als die von Brandt gezeigte „ultima

irratio“, also die schlimmste Form der Unvernunft, gesetzt.

Anstatt wegzusehen, wenn Menschen unter Besatzung und Gewalt leiden, treten wir für Dialog, Solidarität mit allen Unterdrückten und eine Kommunalpolitik, die Gerechtigkeit auch im internationalen Kontext fordert, ein. Bei allen Kriegen und Konflikten setzen wir uns für Deeskalationsmaßnahmen und Diplomatie ein.

### **Mehr Geld als wir ausgeben können...**

...haben wir leider nicht.

Wie die große Mehrheit der Städte, Gemeinden und Landkreise leidet auch Rüsselsheim unter einer Steuerpolitik, die es Konzernen erlaubt, die Vorteile der städtischen Infrastruktur zu nutzen, ohne einen angemessenen Beitrag zu ihrer Finanzierung zu leisten. Kommunen und Gemeindeverbände verzeichnen seit Jahrzehnten fast durchgehend hohe Haushaltsdefizite, die sich inzwischen zu einer riesigen Investitionslücke ausgewachsen haben. Demgegenüber haben sich die Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt seit 2016 verdreifacht.

In Rüsselsheim wird das Finanzproblem noch verschärft durch die Gewerbesteuerrückzahlung an Stellantis/Opel von 60 Mio. Euro als „Belohnung“ für deren Aufwendungen zum Abbau von Arbeitsplätzen. Bund und Land übertragen den Kommunen immer mehr Aufgaben, aber die Finanzierung wird nur zum geringen Teil übernommen. Die kommunale Verarmung ist die Kehrseite der Vermehrung des Reichtums von Wenigen. So besitzt das reichste 1% der Bevölkerung gut 35% des gesamten Vermögens.

Wir fordern daher

- > eine Änderung der konzernfreundlichen Steuergesetze
- > strengere Kontrollen besonders bei großen Firmen und Großverdienern durch mehr und hoch qualifizierte Steuerfahnder\*innen um die Milliardenverluste durch Steuerhinterziehung zu verhindern.
- > volle Finanzierung der den Kommunen übertragenen Aufgaben
- > Wiedererhebung der Vermögenssteuer und Anhebung des Spitzensteuersatzes.

Entlastet werden müssen Menschen mit kleinen bis mittleren Einkommen durch eine deutliche Erhöhung des steuerfreien Einkommensanteils und durch die Mehrwertsteuer-Befreiung von Grundnahrungsmitteln und Hygieneartikeln.

Unabhängig von der Situation auf der Einnahmenseite muss ein sparsamer Umgang mit Steuergeldern selbstverständlich sein.

**Wir brauchen Investitionen in ein friedliches Leben für alle, nicht in Waffen!**